

# Tabakarbeiter

Erscheint Sonnabends. Redaktionschluss  
Montags. Bezugspreis monatlich 40 A  
ohne Frangierlohn. Einzelheft 3 A  
für die sechsstelligen Millimeterzeilen.  
Redaktion, Expedition, Verlag: Bremen,  
Am der Weide 20. Tel. Domsheide 2 07 80

Organ des  
Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes

Schriftleitung: Ferdinand Dahms. Ver-  
antwortlich: für den redaktionellen Teil  
Heinrich Borag, für die Anzeigen Oswald  
Franz. Verlag: Deutscher Tabakarbeiter-  
Verband, Ferdinand Husung, Druck: J. H.  
Schmalefeld & Co. Sämtlich in Bremen

Nummer 32

Bremen, 6. August

Jahrgang 1932

## Der internationale Mutterschutz

In der sozialpolitischen Gesetzgebung nimmt der Schutz der arbeitenden Frau einen besonderen Platz ein, denn nicht nur als Arbeitnehmerin gebührt der arbeitenden Frau der Schutz der Gesetzgebung. Die besondere gesellschaftliche Aufgabe der Arbeiterin als Frau und Mutter erfordert darüber hinaus einen wirksamen Sonderschutz.

Im Rahmen dieser Gesetzgebung sind die Bestimmungen über die Beschäftigung von Frauen vor und nach der Niederkunft von besonderer Bedeutung. Erst eine weitestgehende Beschränkung der Beschäftigung und eine angemessene Pflege der schwangeren Frau in den Wochen vor und nach der Niederkunft kann die übrige Gesetzgebung über die Frauenarbeit in wirkungsvoller Weise ergänzen.

Der Bedeutung des Mutterschutzes in der Sozialgesetzgebung entsprechend war es eine der ersten Aufgaben der Internationalen Arbeitsorganisation, die Regelung des Mutterschutzes auf internationaler Grundlage vorzunehmen. Die erste Internationale Arbeitskonferenz, die im Jahre 1919 in Washington tagte, nahm daher ein Übereinkommen über die Beschäftigung der Frauen vor und nach der Niederkunft an. Das Übereinkommen erstreckt sich auf Frauen jeden Alters und jeder Staatsangehörigkeit, ob verheiratet oder unverheiratet, ob in der Industrie oder im Handel beschäftigt. Es nimmt nur die Betriebe aus, die lediglich Familienmitglieder beschäftigen.

Auf Grund des Übereinkommens hat jede Frau das Recht, bei Vorlegung einer ärztlichen Bescheinigung darüber, daß die Entbindung wahrscheinlich innerhalb 6 Wochen stattfinden wird, ihre Arbeitsstelle zu verlassen; sie darf bis nach Ablauf von 6 Wochen nach der Entbindung nicht arbeiten. Das Übereinkommen sieht außerdem vor, daß die Betreffende während der zwölfwöchigen Abwesenheit eine ausreichende Unterstützung für ihren Unterhalt und den Unterhalt ihres Kindes in guten gesundheitlichen Verhältnissen erhält. Sie hat ferner ein Anrecht auf kostenlose Pflege durch einen Arzt oder eine Hebamme. Bei Wiederaufnahme der Arbeit schreibt das Übereinkommen das Recht auf zwei tägliche Ruhepausen von je einer halben Stunde zum Stillen des Kindes vor. Der Arbeit-

geber darf der Frau weder während ihrer Abwesenheit noch auf einen solchen Zeitpunkt kündigen, daß die Kündigungsfrist während ihrer Abwesenheit abläuft, sofern diese Abwesenheit nicht eine von der zuständigen Behörde festzusetzende Höchstdauer überschreitet.

Das Übereinkommen über die Beschäftigung der Frauen vor und nach der Niederkunft war am 1. Juli 1932 von 11 Staaten ratifiziert, und zwar von Deutschland, Bulgarien, Chile, Kuba, Spanien, Griechenland, Ungarn, Lettland, Luxemburg, Rumänien und Jugoslawien. In Anbetracht der Tatsache, daß die Ratifizierung des Übereinkommens einen verhältnismäßig hohen Stand der Sozialgesetzgebung voraussetzt, ist die Zahl dieser Ratifikationen nicht als gering zu betrachten. Darüber hinaus aber muß bemerkt werden, daß in einer großen Anzahl weiterer Länder wichtige Teile des Übereinkommens zur Anwendung gebracht werden, oder zum mindesten Bestimmungen bestehen, die einen weitgehenden Mutterschutz gewährleisten.

Im Augenblick der Verabschiedung des Übereinkommens über die Beschäftigung der Frauen vor und nach der Niederkunft hatte der Mutterschutz in den verschiedenen Ländern der Welt noch einen durchschnittlich nicht sehr hohen Stand. Es ist zweifellos dem Bestehen des Übereinkommens zu verdanken, daß sich in den letzten Jahren der Mutterschutz auch in den Ländern, die das Übereinkommen nicht ratifiziert haben, wesentlich gebessert hat.

Nach einer neueren Untersuchung des Internationalen Arbeitsamts bestanden im Jahre 1931 in 45 Ländern, die der Internationalen Arbeitsorganisation angehören, Regelungen zum Schutz der arbeitenden Frau vor und nach der Niederkunft. In 22 Staaten betrug die Ruhezeit nach der Niederkunft mindestens 6 Wochen, in 10 anderen Staaten waren Ruhezeiten zwischen 5 und 3 Wochen festgesetzt. Das Recht bzw. sogar die Verpflichtung, in den Wochen vor der Niederkunft nicht zu arbeiten, das im Jahre 1919 nur in wenigen Staaten bestand, erstreckte sich im Jahre 1931 auf einen Staat, der die Ruhezeit vor der Niederkunft auf 8 Wochen, auf 16 Staaten, die sie auf 6 Wochen, und auf 14 Staaten, die sie auf weniger als 6 Wochen festset-

ten. In der Gesetzgebung von 22 Staaten besteht eine Gewähr für das Weiterbestehen des Arbeitsverhältnisses nach dem Schwangerschaftsurlaub.

Der Wert des Schwangerschaftsurlaubs wird wesentlich erhöht durch die Gewährung einer ausreichenden Unterstützung. Auf diesem Gebiet sind in den letzten Jahren ebenfalls wesentliche Fortschritte gemacht worden. In zwei Staaten, und zwar in Spanien und Italien, bestehen Sonderversicherungsordnungen für Mutterschaftsschutz. In den meisten Ländern jedoch fällt die Mutterschaftsunterstützung in den Anwendungsbereich der obligatorischen Krankenversicherung. Dieses Verfahren wird in 19 Staaten angewandt. In einigen anderen Ländern, in denen nur eine freiwillige Versicherung besteht, sind die Krankenkassen verpflichtet, ihre Mitglieder während der Schwangerschaft zu unterstützen.

In bezug auf die Unterstützungssätze sind ebenfalls wesentliche Fortschritte erzielt worden. Der Wortlaut des Übereinkommens setzt keinen bestimmten Unterstützungssatz fest. Er verlangt lediglich, daß die Unterstützung ausreiche, um die Mutter und ihr Kind in guten gesundheitlichen Verhältnissen zu erhalten. Soweit die Unterstützung von der Krankenversicherung aufgebracht wird, dürfte im allgemeinen ein ausreichender Unterhalt gewährleistet sein. In anderen Fällen wird durch staatliche Beihilfen und andere Unterstützungsarten in den meisten Ländern, die einen Mutterschutz eingeführt haben, für den Unterhalt gesorgt.

Auch die Empfehlung über den Schutz der in der Landwirtschaft beschäftigten Lohnarbeiterinnen vor und nach der Niederkunft wird in einer großen Anzahl von Ländern beachtet. 12 Staaten besitzen bereits Versicherungssysteme, die die Wagnisse der Mutterschaft der Landarbeiterinnen decken, und zwar in Deutschland, Oesterreich, Bulgarien, Chile, Frankreich, Großbritannien, Norwegen, Niederlande, Polen, Rumänien, der Tschechoslowakei und der UdSSR.

Somit ist zweifelsohne ein wesentliches Fortschreiten der Mutterschaftsgesetzgebung in den verschiedenen Ländern der Welt zu verzeichnen. Der Ausbau dieser Gesetzgebung wird begleitet von einer stetigen Entfaltung der allgemeinen Gesetzgebung über die Frauenarbeit

# Der ADGB. im Jahre 1931

## Mitgliederbewegung

Die Entwicklung des äußeren Bestandes der dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund angeschlossenen Zentralverbände war im Jahre 1931, das durch die steigende Wirtschaftskrise eine bedeutende Zunahme der Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit unter den Gewerkschaftsmitgliedern zur Folge hatte, eine rückläufige. Der Mitgliederzurückgang ist in erster Linie auf die lange Arbeitslosigkeit vieler Gewerkschaftsmitglieder zurückzuführen.

Jedoch konnte auch das furchtbare Krisenjahr 1931 mit seinen alles zerstörenden Begleiterscheinungen die Front der freien Gewerkschaften nicht erschüttern. Sie stehen, wenn auch mit verminderter Kämpferschar, so doch mit ungeschmälert innerer Kraft bereit, um auch unter den schwierigsten Umständen ihre Aufgaben zu erfüllen.

Die dem ADGB. angeschlossenen Zentralverbände, deren Zahl durch den am 1. Juli 1931 vollzogenen Anschluß des Zentralverbandes der Dachdecker an den Deutschen Bauergewerksbund von 81 auf 80 zurückging, umfaßten Ende 1931 immer noch 4 134 902 Mitglieder, darunter 670 836 weibliche und 170 854 jugendliche. Der Rückgang der Gesamtmitgliederzahl gegenüber 1930 (4 716 569) mit 581 667 beträgt 12,8 v. H.

Gemessen an dem Mitgliederverlust, den die freien Gewerkschaften von 1922

auf 1924, in der Zeit des Zusammenbruches der Währung und in der dadurch erzeugten Wirtschaftskrise, zu verzeichnen hatten, als die Gesamtmitgliederzahl von 7,8 Millionen auf rund 4 Millionen zurückging, ist der während der gegenwärtigen, viel längeren und auch härteren Krise eingetretene Verlust gering.

Die seit dem Jahre 1924 in den freien Gewerkschaften verbliebenen Mitglieder, deren Zahl sich bis Ende 1931 zwischen 4,0 bis 4,9 Millionen bewegte, können sicher als die Kerntuppe der Bewegung bezeichnet werden. Diese Mitglieder sind nicht zu vergleichen mit jenen Massen, die in den Jahren 1919 und 1920 durch die Revolution begeistert zu den Verbänden stießen, die Fahnen jedoch schnell verließen, als sie erkannten, daß die wirtschaftliche Macht in zähem Kampf erobert werden muß. Jener Kern der Mitgliedschaft ist den Gewerkschaften, aller maßlosen Not zum Trotz, erhalten geblieben; denn Ende 1931 lag die Mitgliederzahl im ADGB. mit 4 134 902 noch höher als Ende 1924 mit 4 023 867, und sogar beträchtlich höher als Ende 1928 mit 3 932 035. Das heißt: das alte Kräftezentrum der Gewerkschaften blieb im Sturm der gegenwärtigen großen Krise unerschütterlich.

Den Mitgliederbestand der einzelnen Verbände am Ende der Jahre 1930, 1931 und im Jahresdurchschnitt 1931 zeigt nachstehende Tabelle.

Verbände	Es hatten Mitglieder			
	am Ende des Jahres 1930 insgesamt	des Jahres 1931 insgesamt	im Jahresdurchschnitt 1931 insgesamt	davon weibl.
Baugewerksbund <sup>1)</sup> .....	472 808	390 306	433 019	324
Bekleidungsarbeiter .....	68 581	56 847	62 400	29 521
Bergbauindustriearbeiter .....	190 855	164 188	176 826	235
Buchbinder .....	54 785	49 485	51 953	30 747
Buchdrucker .....	90 389	88 436	89 575	—
Eisenbahner .....	240 410	208 518	222 490	1 595
Fabrikarbeiter .....	441 282	386 982	418 477	77 792
Friseurgehilfen .....	3 952	3 249	3 618	718
Gesamtverband der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Verkehrs .....	673 375	618 392	655 600	77 082
Graphische Hilfsarbeiter .....	38 985	34 739	37 001	22 852
Holzarbeiter .....	299 924	269 142	285 804	17 089
Hotel-, Restaurant- und Caféangestellte .....	30 290	27 503	28 559	7 896
Hutarbeiter .....	16 740	15 228	16 022	9 986
Kupferschmiede .....	6 778	5 763	6 384	—
Landarbeiter .....	165 505	181 286	138 717	13 761
Lederarbeiter .....	34 236	31 426	32 966	6 891
Lithographen .....	24 787	23 879	24 357	33
Maler <sup>2)</sup> .....	57 894	51 562	55 361	138
Maschinisten .....	50 836	38 275	43 689	23
Melker .....	13 000	12 807	12 906	206
Metallarbeiter .....	940 578	826 864	870 548	61 316
Musiker .....	19 265	15 617	17 361	296
Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter .....	174 469	156 950	167 119	29 368
Sattler, Tapezierer und Portefeuilier .....	28 321	23 907	26 187	3 475
Schornsteinfeger .....	3 172	3 307	3 267	—
Schuhmacher .....	65 902	59 917	63 264	27 853
Steinarbeiter .....	56 635	44 402	51 161	226
Tabakarbeiter .....	72 543	60 721	66 877	52 089
Textilarbeiter .....	276 574	246 296	261 663	146 546
Zimmerer .....	103 678	94 408	99 598	—
Zusammen	4 716 569	4 134 902	4 417 852	617 968
1930	—	4 716 569	4 821 832	684 978

<sup>1)</sup> Einschließlich der Mitglieder des Dachdecker-Verbandes

<sup>2)</sup> Verlässige Zahlen

Mit Ausnahme des Verbandes der Schornsteinfeger, der noch eine geringe Zunahme von 136 Mitgliedern zu verzeichnen hat, ging die Mitgliederzahl in allen Verbänden mehr oder weniger stark zurück. Den stärksten Verlust hatte der Verband der Maschinisten und Setzer mit 24,7 v. H. Es folgen der Verband der Steinarbeiter mit 21,6, Landarbeiter mit 20,7, Musiker mit 18,9, Friseure mit 17,8, Bekleidungsarbeiter mit 17,8, Baugewerksbund mit 17,4, Tabakarbeiter mit 16,3, Sattler mit 15,6, Eisenbahner mit 15,3, Kupferschmiede mit 15,0, Bergbauindustriearbeiter mit 14,0, Fabrikarbeiter mit 12,3, Metallarbeiter mit 12,1, Graphische Hilfsarbeiter mit 10,9, Maler mit 10,9, Textilarbeiter mit 10,9, Holzarbeiter mit 10,3, Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter mit 10,0, Buchbinder mit 9,7, Hotel-, Restaurant- und Caféangestellte mit 9,2, Schuhmacher mit 9,1, Hutarbeiter mit 9,0, Zimmerer mit 8,9, Gesamtverband der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe usw. mit 8,2, Lederarbeiter mit 8,2, Lithographen mit 3,7, Buchdrucker mit 2,2 und Melker mit 1,5 v. H.

Im Jahresdurchschnitt beträgt der Gesamtmitgliederbestand — mit 4 417 852 — 403 980 Mitglieder oder 8,4 v. H. weniger als im Jahre 1930.

## Einnahmen und Ausgaben

Die Finanzgebarung der Verbände gestaltete sich entsprechend dem Mitgliederzurückgang ebenfalls rückläufig. Die Gesamteinnahmen sind mit 184 806 211 M um 47 349 093 M und die Gesamtausgaben mit 215 621 078 M um 25 561 318 Mark niedriger als im Vorjahr.

Im einzelnen gestalteten sich die Einnahmen im Vergleich mit denen des Jahres 1930 wie folgt:

	1930	1931
Eintrittsgelder ...	325 670	165 516
Verbandsbeiträge .	178 991 574	191 506 154
Vertikale Beiträge .	36 349 964	47 253 606
Extrabeiträge .....	2 100 084	4 458 732
Zinsen .....	7 235 656	6 525 232
Sonst. Einnahmen .	12 252 366	14 396 969

Mit Ausnahme der Einnahmen aus Extrabeiträgen und den sonstigen Einnahmen gingen alle anderen, besonders die aus den regulären Beiträgen, stark zurück. Der Rückgang beträgt bei den Verbandsbeiträgen 41 885 420 M und bei den örtlichen 9 096 858 M, zusammen 50 981 778 M und zeigt so recht die Auswirkung der Arbeitslosigkeit auf die Haushaltspläne der Gewerkschaften. Höchste Anerkennung verdient das Opfer der noch in Arbeit stehenden Mitglieder durch Leistung von Extrabeiträgen zur Unterstützung ihrer durch die lange Arbeitslosigkeit in Not geratenen Kolleginnen und Kollegen. Trotz Kurzarbeit und Lohnabbau beträgt die hierfür aufgebraachte Summe 4 458 732 M und ist um 2 858 684 M höher als 1930.

Die Gesamteinnahmen je Mitglied beziffern sich auf 41,72 M, sie gingen gegenüber dem Vorjahr um 6,32 M zurück.

Die Gesamtausgaben sind demnach mit 215 621 078 M, um 81,3 Millionen Mark

# Gesundheitschädigung der Tabakarbeiter

höher als die Gesamteinnahmen. Wie sie sich im Vergleich mit dem Jahre 1930 auf die einzelnen Positionen verteilen, zeigt nachstehende Uebersicht.

Die Ausgaben betragen für:

	1930	1931
	M	M
Unterstützungen ...	123 522 713	109 888 848
Arbeitskämpfe ....	9 887 447	10 595 741
Presse u. Bildungs- zweck .....	13 957 587	11 224 661
Agitation und Organisation ...	22 919 738	18 954 603
Sonstiges .....	10 045 131	11 526 718
Verwaltung .....	60 849 775	53 430 507

Meist als die Hälfte der Gesamtausgaben (51,0 v. H.) entfielen auf Unterstützungen, die sich auf die einzelnen Unterstützungsarten wie folgt verteilen:

	1930	1931
	M	M
Arbeitslosenunterstg.	77 730 533	69 108 173
Krankenunterstg. ...	22 847 119	17 162 146
Sterbefallunterstützung	4 276 564	4 258 522
Invalidenunterstützung	8 001 197	11 462 067
Nofallunterstützung .	5 189 105	3 918 380
Reiseunterstützung ...	1 153 500	986 389
Umzugsunterstützung .	214 992	159 392
Sonst. Unterstützung .	3 010 775	1 814 028
Rechtsschutz an Mitglieder ....	1 098 928	1 019 751

Gegenüber dem Vorjahr gingen die Ausgaben in allen Unterstützungszweigen mit Ausnahme der für Invalidenunterstützung zurück, und zwar für Arbeitslosenunterstützung um 8,6 Millionen Mark, Krankenunterstützung um 5,6 Millionen Mark, Sterbefallunterstützung um 18 042 M., Nofallunterstützung um 1,2 Millionen Mark, Reiseunterstützung um 167 111 M., Umzugsunterstützung um 55 600 M., sonstige Unterstützungen um 1,2 Millionen Mark und für Rechtsschutz an Mitglieder um 79 177 M. Der Betrag für die Invalidenunterstützung stieg dagegen um 3,4 Millionen Mark. Die hierfür aufgewandten Ausgaben sind bei den Verbänden, die von der Verbandskasse streng getrennte Invalidenfonds führen, nicht enthalten, die betragen, soweit Angaben vorliegen, 923 000 M. Demzufolge erhöht sich die Mehrausgabe auf 4,8 Millionen Mark. Die Ausgabe für Invalidenunterstützung beträgt insgesamt 12 335 067 M.

Obwohl einige Verbände gezwungen waren, die Unterstützungssätze oder die Unterstützungsdauer erheblich zu kürzen, um ihren Etat zu balancieren, waren die freien Gewerkschaften doch noch in der Lage, für ihre durch die unsinnige kapitalistische Wirtschaftsführung in Not geratenen Mitglieder die achtunggebende Summe von 109 888 848 M an Unterstützungen auszusahlen. Abgesehen von allen anderen Vorteilen, die die freien Gewerkschaften ihren Mitgliedern in allen Lebenslagen bieten, beweist schon allein diese praktische Hilfe, wie unsinnig das Gekläff der Nazi- und Rosti-Phrasen und ihrer gedankenlosen Nachbeter von der Ohnmacht der freien Gewerkschaften ist.

Entsprechend den getroffenen Maßnahmen verminderten sich auch alle übrigen Ausgaben. Sie waren für Presse und Bildung um 2,74 Millionen Mark niedriger als 1930, für Agitation und Organisation um 3,97 Millionen Mark und für Verwaltung um 7,42 Millionen Mark.

Nach einem österreichischen Fabrikarzt, der seine Beobachtungen nach 14jähriger Tätigkeit zusammenfaßte, erkrankten unter 100 besonders beobachteten Mädchen in den ersten sechs Monaten nach Beginn der Arbeit in der Fabrik 72 an Eingenommenheit des Kopfes, Druck auf das Gehirn, Herzklopfen, Sodbrennen, Erbrechen, Durchfall, Schlaf- und Appetitlosigkeit sowie allgemeinem Ermüdungszustand. Es ist dies das Bild, welches eine Nikotinvergiftung hervorruft. Aber auch nur das Tragen von Tabakblättern auf bloßer Hand, hat, wie schon sicher festgestellt wurde, Vergiftungserscheinungen hervorgerufen.

Die Gewöhnung der Arbeiter an die Tabakatmosphäre der Fabrikräume dauert nach deren Konstitution bald länger bald kürzer. Beinahe alle mit den Verhältnissen der Tabakfabriken vertrauten Ärzte sagen aus, daß die Arbeiter durchschnittlich sehr blutarme und oft schwächliche Menschen sind.

Die Gewöhnung soll niemals so weit gehen, daß die Zeichen der Blutarmut schwinden. Es wurde auch die Beobachtung gemacht, daß das Aussehen der Arbeiter sich bei einem Berufswechsel sofort verbesserte, sobald sie nicht mehr täglich der Tabakluft ausgesetzt waren.

Besonders erwähnt werden in den einzelnen Werken die Störungen der weiblichen Geschlechtsorgane. Hier sind die Gelehrten einzig darin einig, daß dies eine bedauerliche Tatsache ist, über deren Ursachen streiten sie sich aber. Während einzelne eine direkte Giftwirkung des Nikotins nicht feststellen konnten, gehen andere so weit, daß sie plötzliche Todesfälle von Säuglingen durch einen Uebergang von Tabakgiften in die Muttermilch zu erklären suchen.

Die hauptsächlichsten Erkrankungen der Tabakarbeiter liegen in den Atmungsorganen. Hier wird von ärztlicher

Seite von einer typischen Berufs- oder Gewerbekrankheit gesprochen. Blutarmut, Sgarbeit, mit Menschen oft überfüllte Räume sowie starke Staubentwidualung greifen die empfindlichen Atmungsorgane an. Feine Tabakhärchen, scharfkantige Tabakteilchen führen nach Beobachtungen der Heidelberger Klinik zu trockenem Nachenkatarrh. Eine besonders gefährliche Eigenschaft des trockenen Tabakstaubes liegt darin, daß er die Eigenschaft hat, beim Feuchtwerden aufzuquellen. Gelangt der Staub in die Lunge, so kann dies schädigenden Einfluß ausüben durch Verstopfung oder Verlegung der feinen Luftröhrenäste.

Auch Augenerkrankungen treten bei Tabakarbeitern oft in Form von ansteckenden Bindehautkatarrhen auf. Hier sind weniger spezielle Eigenschaften des Tabakes maßgebend, als im allgemeinen Staub und Schmutz.

Ein Vergleich der Erkrankungen aller Fabrikarbeiter mit den Tabakarbeitern soll das kurz Gesagte demonstrieren.

Auf 100 Fabrikarbeiter kommen

Krankheiten	a. all. Fabrik- arbeitern	b. Tabak- arbeitern
Infektionserkrankungen	18,53	21,22
Chron. Bronchialkatarrh	0,99	1,82
Krankheiten des Auges	1,33	1,45
Harn- u. Geschlechtsorgane	0,66	1,53
Hautkrankheiten (Ausschläge)	0,36	0,45

Erwähnt sei hier die erfreuliche Tatsache, daß die Unfallgefahr in Tabakfabriken gegenüber anderen Betrieben eine verminderte ist. Als Vorbeugung gegen die Krankheiten der Tabakarbeiter sind vor allem hygienische Maßnahmen zu verlangen. Hohe, gut ventilierete Arbeitsräume, geringe Befetzung derselben usw. Auch viel Bewegung in frischer Luft wird den mit Tabakstaub gefüllten Atmungsorganen zum Guten gereichen.  
E. E., in der „Solidarität“

## Im Dritten Reich wird nicht geraucht!

Ueber ein für die Tabakarbeiterschaft besonders beachtenswertes Vorkommnis im Bremer Stadion, wo die Versammelten auf die Ankunft Adolf Hitlers warteten, finden wir in der „Bremer Volkszeitung“ folgende Schilderung:

Die Herren rauchen aus Langeweile ... das andere Geschlecht in jeder Altersstufe macht es ihnen nach, darunter ein etwa zwanzig-jähriges Mädchen, Kontormädchen oder so!

Pföhllich stolzt ein uniformierter Braunschweiger vorbei, reißt dem Mädchen mit frechem Griff die Zigarette aus dem Mund, wirft sie zu Boden und sagt dabei im Naziton: „Das deutsche Volk wünscht nicht, daß Sie rauchen.“

Und schon ist der Limmel weiter, ohne daß jemand den Mut fand, ihm ein paar in die Fresse zu hauen! Eine Dame — bejahrte Hitlerin — lobt noch den Schnösel und sagt, zu der Mädchengruppe gewendet: „So ist es recht; im Dritten Reich wird überhaupt nicht mehr geraucht!“

### Gestorben sind:

- Am 28. Juni der Zigarrenarbeiter August Scharnberg, 73 Jahre alt (Zahlstelle Hamburg).
- Am 30. Juni die Tabakfortiererin Elisabeth Marschner, 52 Jahre alt (Zahlstelle Dresden).
- Am 1. Juli die Zigarrenarbeiterin Alma Hausmann, 50 Jahre alt (Zahlstelle Waldheim).
- Am 5. Juli der Tabakschneider Max Schneider, 51 Jahre alt (Zahlstelle Dresden).
- Am 7. Juli die Zigarrenarbeiterin Minna Heise, 18 Jahre alt (Zahlstelle Hundelshausen).
- Am 8. Juli der Zigarrenfortierer Julius Bellmann, 76 Jahre alt (Zahlstelle Berlin).
- Am 15. Juli die Juristlerin Pauline Felig, 53 Jahre alt (Zahlstelle Hamburg).
- Am 26. Juli die Wickelmacherin Dora Hornung, 33 Jahre alt (Zahlstelle Heidenheim).
- Am 27. Juli der Zigarrenarbeiter Heinrich Niehaus (Westerenger), 54 Jahre alt (Zahlstelle Enger).

Ehre ihrem Andenken!

Das vorläufige amtliche Ergebnis der Reichstagswahl vom 31. Juli liegt vor. Danach haben von den insgesamt 607 Mandaten erhalten: Nationalsozialisten 230, Sozialdemokraten 183, Kommunisten 89, Zentrum 75, Deutschnationale 37, Bayerische Volkspartei 22, Deutsche Volkspartei 7, Staatspartei 4, Christlich Soziale 4, Deutsche Bauernpartei 2, Landbund (Württemberg) 2, Wirtschaftspartei 1, Landvolk 1.

Dieses Wahlergebnis läßt drei Merkmale ganz besonders stark hervortreten:

1. Den Rechtsparteien (Nationalsozialisten, Deutschnationalen, Deutschen Volksparteiern usw.) ist es nicht gelungen, die erhoffte Mehrheit im Reichstag zu erringen.

2. Den Nationalsozialisten ist es nicht möglich gewesen, innerhalb der Arbeiterschaft größere Eroberungen zu machen; denn zusammengenommen haben Sozialdemokraten und Kommunisten noch zwei Mandate gewonnen.

3. Von den bürgerlichen Mittelparteien (außer Zentrum und Bayerischer Volkspartei) ist nur noch eine kleine Brockenansammlung übriggeblieben; sie sind fast restlos aufgerieben worden. Ihre früheren Anhänger sind zu Adolf Hitler gegangen.

Wie sich die politischen Verhältnisse in Deutschland weiterentwickeln werden, läßt sich noch nicht mit Bestimmtheit sagen. Alles spricht jedoch dafür, daß die Regierung von Papen im Augenblick nicht daran denkt, ihren Platz zu räumen und Adolf Hitler allein die Macht zu überlassen. Aber wie sich auch die innerpolitischen Verhältnisse in Deutschland gestalten mögen, auf alle Fälle wird die Arbeiterschaft nach wie vor sehr wachsam sein müssen, um sich und ihre Einrichtungen vor Ueberraschungen irgendwelcher Art zu schützen.

Im übrigen muß, wie das schon in dem in der vorigen Nummer des „Tabak-Arbeiter“ zum Ausdruck gelangten Aufruf des Vorstandes und Ausschusses des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes zum Ausdruck kommt, jetzt alles daran gesetzt werden, um die Gewerkschaften zu stärken. Das gilt insbesondere auch für die Arbeiterinnen und Arbeiter der Tabakindustrie. Gerade die Vorgänge der letzten Zeit haben gezeigt, wie bitter notwendig der Zusammenschluß ist.

Nur wenn die Tabakarbeiterchaft für die Zukunft über eine starke gewerkschaftliche Organisation verfügt, wird es ihr möglich sein, die unter der Ungunst der Verhältnisse verlorengegangenen Positionen zurückzuerobern. Deshalb muß jetzt, nachdem der Wahlkampf beendet ist, in allen Zahlstellen mit der Werbearbeit für den Deutschen Tabakarbeiterverband begonnen werden. Klärt die Unorganisierten darüber auf, daß sie, wenn auch ungewollt, die besten Stützen der Scharfmacher in der Tabakindustrie sind. Sagt ihnen, daß es ohne Gewerkschaften keine Tarifverträge gäbe und sie schutzlos der Willkür der Unternehmer preisgegeben wären. Erinnert sie daran, daß vereint auch die Schwachen mächtig sind. Mit einem Wort: Werbt für den Deutschen Tabakarbeiter-Verband!

## Bezirkskonferenz Bremen

Am 30. Juli fand im Volkshaus zu Bremen eine Bezirkskonferenz für den Bremer Bezirk statt. Anwesend waren aus 8 Zahlstellen 17 Delegierte. In das Büro der Konferenz wurden Kollege Wiemken (Bremen) als Vorsitzender und Kollege Träbing (Bremen) als Schriftführer gewählt. Der Gauleiter Kollege Rönneke (Hamburg) gab einen sehr eingehenden Bericht über die am 6.—8. Juli in Hamburg stattgefundenen Tarifverhandlungen, welche schließlich nach 32stündiger Dauer und schweren Auseinandersetzungen mit den Arbeitgebern zum Neuaufschluß des Reichstarifvertrages führten. Obwohl schon in Hamburg bei den Reichstarifverhandlungen die Fabrikanten des Bremer Bezirks in der vorbersten Kampflinie gegen die Arbeiterinnen und Arbeiter der Zigarrenherstellung standen, offenbarten sie aber doch erst bei den am 18. Juli in Bremen stattgefundenen Verhandlungen über den Neuaufschluß des Reichstarifvertrages für den Bezirk Bremen ihr bei jeder Gelegenheit betontes „soziales Empfinden“. Die Reichstarifverhandlungen scheiterten an der Besitzklasseneinteilung und dem noch beachtlichen Abbau der Ortszuschläge. Nach Auffassung der Fabrikanten würde erst dann bei besserer Aussicht bestehen, arbeitslose Zigarrenarbeiter wieder in Arbeit zu bringen, wenn ein noch weiterer Lohnabbau, als ihn die Hamburger Vereinbarung vom 8. Juli vorsieht, eintrete. Auch diese Schlichtungsverhandlung hat klar und deutlich bewiesen, daß die Bremer Fabrikanten auf tarifliche Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen keinen Wert legen, vielmehr das ganze Tarifwert zerschlagen möchten. Die Zigarrenarbeiterschaft hat aber um so mehr Grund, das mühselig aufgebaute Tarifwert zu erhalten. Daraus ist zu verstehen, daß für den Bremer Bezirk Verschlechterungen in Kauf genommen werden müßten, die über die für die übrigen Bezirke hinausgehen. In der anschließenden Aussprache, an der sich die Kollegen Blöte, Hermann, Träbing (Bremen), Bertram (Verden), Holljes (Scharnbeck) und Kalbake (Hannover) beteiligten, kam die Erbitterung der Zigarrenarbeiter über die Verelendung ihrer wirtschaftlichen Lage deutlich zum Ausdruck. Die Zigarrenarbeiter, die zum großen Teil schon jahrelang arbeitslos sind, wissen durchaus, was sie von der immer und immer wieder betonten „Arbeitsbeschaffung“ seitens der Zigarrenfabrikanten zu halten haben. Sämtliche Diskussionsredner waren aber der Auffassung, daß angesichts der wirtschaftlichen und politischen Situation der Neuaufschluß des Reichstarifvertrages und auch des Reichstarifvertrages insofern ein Plus bedeutet, als unser Tarifwert gerettet ist. Daß der kommende Tarifvertrag von allen in Arbeit stehenden Kolleginnen und Kollegen zur Anerkennung und Durchführung gebracht werden muß, war die einmütige Auffassung der Konferenz. Die sehr gut verlaufene Bezirkskonferenz wurde darauf nach einem kurzen Schlußwort des Kollegen Wiemken mit unserem Kampfruf „Freiheit!“ geschlossen.

Breslau. Am 25. Juli hielt die hiesige Zahlstelle ihre Generalversammlung ab. Zum ersten Punkt der Tagesordnung referierte Landtagsabgeordneter Genosse Winzer über die Bedeutung der Reichstagswahlen. Seine Ausführungen wurden von den Versammelten mit Beifall entgegengenommen. Gauleiter Kollege Langner berichtete sodann von den Tarifverhandlungen in Hamburg und Breslau und beleuchtete die Schwierigkeiten, die es bei den Verhandlungen gab. Wenn die Tabakarbeiter eine Lohnkürzung in Kauf nehmen müssen, so nur deshalb, um überhaupt eine tariflose Zeit zu verhindern. Besonders die Fabrikanten in Schlesien haben kein Hehl daraus gemacht, daß sie mit dem Abschluß aus Hamburg bei weitem nicht zufrieden sind.

Nedner forderte die Kollegenschaft auf, dafür zu sorgen, daß die Bestimmungen des neuen Tarifvertrages restlos durchgeführt werden und alle weiteren Verschlechterungen entschieden zurückgewiesen werden. In der Aussprache erklärte Kollege Gogsch, die Arbeiterschaft hätte schon im Januar, als durch das Diktat der Reichsregierung die Löhne um 15 Prozent gekürzt wurden, in den Generalstreik treten müssen, um diesen Lohnabbau zu verhindern. Es sei ein Skandal, daß die Fabrikanten mit weiteren Lohnabzügen kommen. Die Kollegen Langner und Nowak widerlegten die Ausführungen des Kollegen Gogsch. Da zur Abrechnung des 2. Quartals nichts zu bemängeln war, wurde auf Antrag des Kollegen Umft dem Kassierer Entlastung erteilt. Hierauf schloß Kollege Nowak mit einem nochmaligen Appell an die Mitglieder, bis zur Sieg der Faschisten verhindert werde, die Versammlung.

Magdeburg. In der am 20. Juni sehr stark besuchten Versammlung wurden durch den Vorsitzenden Kollegen Lüdge den beiden Jubilaren Pauline Sievers und Klara Lüdge die Glückwünsche des Hauptvorstandes und der Zahlstelle Magdeburg übermittelt, weil sie bereits länger als 25 Jahre für die heilige Sache der Arbeiterschaft gekämpft haben. Wegen die jungen Kollegen sich an ihnen ein Vorbild nehmen. Hierauf gab Koll. Lüdge den Bericht von der Bezirksverhandlung und von der Gaukonferenz in Leipzig. Hieraus war zu entnehmen, daß die Umstände, welche zu der Vereinbarung in der Zigarrenherstellung geführt haben, für die Zigarrenarbeiterschaft nicht günstig gewesen sind. Die Arbeitslosigkeit war es, welche unsere Vertreter zwang, einen tariflosen Zustand zu verhindern, da ein Kampf bei nur 21 Prozent Vollarbeitern aussichtslos gewesen wäre. Die Arbeitgeber sind zu 95 Prozent und die Zigarrenarbeiter dagegen nur zu 52 Prozent organisiert. Das muß anders werden. In der Diskussion, an welcher sich mehrere Kolleginnen und Kollegen beteiligten, kam zum Ausdruck, daß die Vereinbarung uns nun verständlicher erscheint. Da rund 30 Prozent an Lohn verlorengegangen sind, ist es an der Zeit, die Beitrags- und Unterstützungssätze einer sofortigen Neuregelung zu unterziehen. Der Wunsch der Firma Meißner & Co., in eine freiwillige Ortsverletzung einzuwilligen, wurde energisch zurückgewiesen.

## Bekanntmachungen

Am 6. August ist der 32. Wochenbeitrag fällig

Folgende Gelder sind eingegangen:

- 25. Juli. Rees 8.40, Freistett 100.—
  - 26. Juli 10.80, Menninghüffen 280.—, Friedrichslohra 29.—
  - 27. Heilbronn 200.—, Edernförde 8.25, Bad Essen 17.20, Lübbeke 2149.—, Wurzbach 40.66.
  - 28. Refferhausen 8.05.
  - 30. Dresden 300.—, Nordhausen 500.—, Hanau 150.15, Gießen 10.50.
- Bremen, 2. August 1932. J. Krohn.

## Deutscher

## Tabakarbeiter-Verband

Bremen, Au der Weide 20.

Fernruf: Amt Domsheide 20 780.

Verbandsvorsitzender: Ferdinand Husung.  
Geld- und Einschreibenden nur an Johannes Krohn, Postfachkonto: 5349, Postfachamt Hamburg. Bankkonto: Bankabteilung der GGG Hamburg, und Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten Filiale Bremen.  
Ausführungsvorsitzender: Louis Schoene, Hamburg 33, Hübenkamp 82 5pt.

# An die Arbeiter der ganzen Welt!

28. Juli 1932 — achtzehn Jahre sind vergangen, seitdem verbrecherischer Bahnwitz im Dienste des Imperialismus den Weltkrieg entfesselte.

Achtzehn Jahre: An ihrem Beginn steht der imperialistische Weltkrieg — an ihrem Ende die kapitalistische Weltkrise. Massenmord und Masseneleid sind die Wahrzeichen des Kapitalismus in unserer Zeit.

So wie der Kapitalismus, seinen Gesetzen folgend, den Weltkrieg entfesselte und die Menschheit in eine vier Jahre währende Nacht des Schreckens führte, so hat er nun die Menschheit in die Weltkrise gestürzt, die die ganze kapitalistische Welt, Sieger und Besiegte, Industrie- und Agrarländer, erfasst hat.

Vor aller Welt klagt die Arbeiterklasse den Kapitalismus der Verantwortung für den Weltkrieg und die Weltkrise an. Wer Frieden, Arbeit und Brot für alle sichern will, muß überall mit der Arbeiterklasse kämpfen für den Sturz der kapitalistischen Gesellschaftsordnung!

Arbeiter aller Länder!

Wenn es auch innerhalb der kapitalistischen Gesellschaftsordnung keinen Weg gibt, Wirtschaftskrisen zu vermeiden, so haben die internationalen Organisationen des Proletariats immer wieder auf Möglichkeiten hingewiesen, wenigstens das furchtbarste Elend der Massen zu lindern. Sie haben immer wieder die internationale Zusammenarbeit aller Länder, die Verständigung aller Regierungen gefordert, um durch gemeinsames Vorgehen die Voraussetzungen wirtschaftlicher und politischer Art zu schaffen, unter denen allein die Krise rasch überwunden werden kann.

Der Kapitalismus ist bisher den entgegengekehrten Weg gegangen. Statt wirtschaftlicher Zusammenarbeit — wirtschaftlicher Rationalismus in den tollsten Formen! Statt politischer Verständigung — Krieg im Fernen Osten und Aufrüstung in allen Ländern!

Vor aller Welt klagt die Arbeiterklasse den bösen Willen des Kapitalismus an, das von ihm selbst geschaffene Elend nicht zu lindern, seine Unfähigkeit, durch internationale Verständigung die Möglichkeit gemeinsamen Vorgehens aller Länder gegen die Krise zu schaffen!

Arbeiter aller Länder!

Ist es dank dem Wahlsieg der französischen Sozialisten gelungen, eine Verständigung der Reparationsgläubiger mit Deutschland in der Reparationsfrage herbeizuführen und damit die Möglichkeit gegeben, daß eines der Hindernisse für den Aufstieg aus der Krise weggeräumt werde, so türmen sich doch die politischen Gegensätze zwischen den Staaten immer höher auf.

Der erste Abschnitt der Abrüstungskonferenz des Völkerbundes ist zu Ende, ohne daß ein einziger praktischer Beschluß gefaßt worden wäre. Nach halbjährigen Beratungen vertagt sich die Konferenz auf einige Monate, ohne daß sie wirksame Abrüstungsmaßnahmen festgelegt, ja ohne daß sie ihre wirkliche Aufgabe richtig begonnen hätte. Die internationalen Organisationen des Proletariats haben immer wieder in eindringlichen Aktionen und in der Abrüstungskonferenz selbst die Forderung vertreten, daß die feierlichen Abrüstungsverpflichtungen der Friedensverträge endlich erfüllt, die Rechtsgleichheit zwi-

schen Siegern und Besiegten durch die allgemeine Abrüstung hergestellt werden müsse. Sie haben diese Forderung Ende Mai neuerlich in ihrer gemeinsamen Abrüstungskonferenz in Zürich formuliert und sie kürzlich aus Anlaß der amerikanischen Abrüstungsvorschläge wiederum erhoben. Aber die in Genf versammelten kapitalistischen Regierungen haben bisher nichts getan.

Noch mehr! Während in Genf über die Abrüstung beraten wird, geht in China der Raubzug des japanischen Imperialismus ungestoppt weiter und wenn die furchtbare Gefahr eines Angriffs Japans auf die Sowjetunion im Augenblick auch nicht mehr so unmittelbar bevorstehend erscheint wie vor einigen Wochen, so ist sie keineswegs endgültig gebannt!

Während in Genf vom Frieden gesprochen wird, haben in Deutschland, von der faschistischen Welle emporgetragen, die Junker und die Reichswehrgenerale die Macht übernommen!

Während in Genf die italienischen Delegierten die weitestgehenden Abrüstungsforderungen zu unterstützen vorgeben, trifft in Italien selbst der Faschismus, der das italienische Proletariat versklavt hält, alle geistigen und materiellen Vorbereitungen zum Krieg!

Vor aller Welt prangert die Arbeiterklasse die Verantwortung des Kapitalismus und seiner faschistischen Helfershelfer für das Scheitern der Friedenserwartungen, für die Vorbereitungen zu neuem Völkermorden an!

Vor aller Welt übernehmen am 18. Jahrestag des Kriegsausbruches die internationalen Organisationen des Proletariats die heilige Verpflichtung, alle

## Deutschland erwacht

Ein Bericht über das „Dritte Reich“

Von Michael Schlag zu

II.

Die Frau als Magd und Dienerin

Der Bg. Müller, bei dem die drei ihr Essen einnehmen sollten, wohnte in einer großen Parterremohnung. Eine verängstigte, hochschwangere Frau öffnete ihnen. Bg. Müller warf sich in einen Sessel, die Frau blickte sich mit großer Anstrengung und zog ihm die Stiefel aus. Es machte ihr Mühe, beim linken ging es nicht schnell genug, ihr Mann trat nach ihr. Mit einem leisen Aufschrei fiel sie hin, Ferdl eilte ihr zu Hilfe. „Aber, Herr Müller, Ihre Frau ist doch hochschwanger!“ „Ach was, die Weiber verstellen sich nur, die wollen's nur wieder so haben wie früher. Aber bei uns im Dritten Reich wird auf Zucht und Ordnung gehalten, da hat die Frau zu gehorchen; und die Frauen haben das ja selbst so haben wollen. Millionen Frauen haben nationalsozialistisch gewählt, trotzdem

der Programmverfasser unserer Partei, Gottfried Feder, am 26. Juni 1930 ausdrücklich erklärt hat, daß die Frau wieder Magd und Dienerin sein muß. Wenn sie es vorher nicht kapiert haben, im Dritten Reich wird's den Frauen schon eingebleut werden, was es heißt, Magd und Dienerin zu sein.“

Unterdessen war das Essen gebracht worden. Ferdl musterte es mißtrauisch, ihm fiel die Revolte in der Volksküche ein. Aber Müller beruhigte ihn: „Da brauchen Sie nicht so zu gucken, das ist aus der SA-Küche, für die SA wird besser gekocht als für die Proleten.“

In Rutschmanns Paradies

Am nächsten Morgen besichtigten sie die Großweberei von Rutschmann & Co. Der Besitzer, der Gauleiter und früher auch Reichstagsabgeordneter der Nationalsozialistischen Partei war, begleitete sie höchstselbst: „Ja, mit dem Absatz steht es übel aus. Die Leute verdienen eben zu wenig, und wer soll dann kaufen?“ „Hat sich die Geschäftslage denn nicht gegen früher gebessert?“ „Ja und nein, wir können nur noch deshalb etwas ver-

kaufen, weil wir billiger geworden sind.“ „Ach so, Sie sparen jetzt Zinsen, denn die Zinsknechtschaft ist doch gebrochen?“ „Ach, Zinsen müssen auch im Dritten Reich gezahlt werden. Der Reichsbankdirektor Gottfried Feder hat zwar angeordnet, daß keine Zinsen mehr gezahlt werden, aber dafür hat er 6 Prozent Leihgebühr gestattet. Das Kind hat nur einen anderen Namen bekommen. Und das Schlimmste ist, bei den 6 Prozent bleibt es nicht; wenn man Geld haben will, dann muß man zum Juden gehen und 11 und 12 Prozent bezahlen, sonst kriegt man eben keins.“ „Sie gehen zum Juden?“ „Ich meine: zum Geldverleiher. Die sind jetzt rein arisch, aber wir sagen immer Jude, und schließlich ist es ja auch ganz gleich, ob wir beim weißen oder beim schwarzen Juden in Zinsknechtschaft stehen.“

„Aber wie können Sie denn dann noch billiger liefern?“ „Sehr einfach. Ein Drittel meiner Belegschaft sind Arbeitsdienstpflichtige. Die bekommen bei mir nur ein Mittagessen, und die anderen bekommen den Hiltlerlohn.“ „Stillerlohn?“

Ihre Kräfte, alle ihre Kampfmittel in den Dienst der Abwehr eines neuen Krieges zu stellen!

**Arbeiter aller Länder!**

Die kapitalistische Welt ist in ihrer schwersten Krise. Aber je mehr sie den gerechten Zorn der Arbeiter fürchtet, um so dringender ruft sie nach brutalster Gewalt, um euch niederzuhalten. In ihrem Dienste stehen die faschistischen Banden, bestimmt, die Arbeiter wehrlos der kapitalistischen Krise zu überantworten.

Wir senden den Arbeitern Deutschlands unseren Brudergruß, in dem Bewußtsein, daß ihr schwerer Kampf um die Freiheit der deutschen Arbeiter zugleich der Kampf um die Freiheit und den Frieden der Welt ist!

Aber zugleich rufen die internationalen Organisationen des Proletariats die Arbeiter aller Länder auf, sich der geschichtlichen Bedeutung der Zeit bewußt zu sein und sich bereitzumachen zu den entscheidenden Kämpfen, vor die sie die Entwicklung stellt:

**Kampf gegen den Kapitalismus, der die Verantwortung trägt für Krieg und Krise!**

**Kampf gegen den Faschismus, der Krieg und Sklaverei bedeutet!**

**Kampf für Freiheit, Frieden und Brot!**

**Kampf für die sozialistische Gesellschaftsordnung!**

**Internationaler Gewerkschaftsbund.  
Sozialistische Arbeiterinternationale.**

## Geburtenhäufigkeit

Die proletarischen Bevölkerungsschichten waren in Deutschland immer kinderreicher als die Besitzenden. Der mächtige Bevölkerungsauftrieb Deutschlands von 1870 bis zum Krieg ist in der Hauptsache von den ärmeren Bevölkerungsschichten ausgegangen.

In den Berliner Wirtschaftsberichten Nr. 13 finden wir eine Untersuchung über die Entwicklung der ehelichen Geburtenhäufigkeit in wohlhabenden und proletarischen Bezirken Berlins. Der Vergleich führt zu folgenden Resultaten:

Jahresdurchschnitt	Ehelich Lebendgeborene auf 1000 Ehefrauen v. 15—45 Jahr.		
	in proletarischen Bezirken	in wohlhabenden Bezirken	i. prolet. Bez. mehr als in wohlhab.
1900/01	192	166	26
1910/11	134	114	20
1925/26	65	58	7
1929/31	55	49	12

An dieser Zusammenstellung ist zweierlei bemerkenswert: die Geburtenhäufigkeit in den proletarischen Bezirken ist seit der Jahreswende um fast drei Viertel zurückgegangen; ferner ist in dem Verhältnis zwischen der Geburtenhäufigkeit in den wohlhabenden und derjenigen in den proletarischen Bezirken Berlins der Unterschied erheblich geringer geworden.

## Zusammenkunft jüngerer Gewerkschafter

In der Woche vom 24. bis 31. Juli 1932 fand in Uccle bei Brüssel die 3. Internationale Zusammenkunft jüngerer Gewerkschaftsmitglieder statt. Der Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes (IGB) organisiert diese Zusammenkünfte, um die junge Führergeneration der Gewerkschaften verschiedener Länder miteinander in Verbindung zu bringen. Um eine gute Zusammenarbeit zu gewährleisten, sind nur solche Teilnehmer zugelassen, die von den angeschlossenen Landeszentralen und Internationalen Berufsekretariaten auf deren Kosten geschickt werden. An der diesjährigen Zusammenkunft nahmen 30 Gewerkschaftsmitglieder aus 7 Ländern teil.

Die Internationale Zusammenkunft ist zu einer dauernden Einrichtung geworden. Die erste fand in Bernau bei Berlin im Jahre 1930, die zweite in Oxford 1931 statt. Der Erfolg, der die Arbeit der Internationalen Zusammenkünfte begleitet hat, bietet die Gewähr für weitere erprobte Ergebnisse.

Als Hauptsprache gilt die Sprache des

Landes, in dem die Zusammenkunft stattfindet. Diesmal sind es die französische und holländische Sprache. Von den Teilnehmern wird verlangt, daß sie eine gewisse Kenntnis der betreffenden Sprache besitzen. Von Vorträgen theoretischer Art wird abgesehen. Statt dessen werden gewerkschaftliche Einrichtungen und gewerkschaftliche Tagesfragen besprochen.

In diesem Jahre waren folgende Verhandlungspunkte vorgesehen: Aufgaben und Einrichtungen des Internationalen Gewerkschaftsbundes; die Entwicklung und Struktur der Gewerkschaften in Belgien und Holland. Es folgte dann eine Auseinandersetzung über die Arbeitslosigkeit, Arbeitsbeschaffung und Organisation des Kreditwesens. Die aktive Beteiligung der Teilnehmer vollzog sich sowohl durch Teilnahme an der Diskussion als auch durch eigene Referate über die Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung ihrer Länder. Die Teilnahme an der Zusammenkunft war mit Besichtigungen der Einrichtungen der belgischen Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung verbunden.

### Billige böhmische Bettfedern:



Nur reine, gutfüllende Sorten. Ein Kilo graue, geschliss. 2.50 M, halbweiße 3 M, weiße 4 M, bessere 5 M, 6 M, daunenweiche 7 M, 8 M, beste Sorte 10 M, 12 M, weiße, ungeschlossene Rupffedern 6.50 M, 7.50 M, beste Sorte 9.50 M. Versand franko, zollfrei gegen Nachnahme. Muster frei. Umtausch und Rücknahme gestattet.

**Benedikt Sachsel, Lobes Nr. 245  
bei Pilsen (Böhmen)**

Das ist so, wie Adolf Hitler am 22. Mai 1931 in seiner Düsseldorfer „Volksparole“ schreiben ließ: Es wird nur ein Existenzminimum bezahlt, und nur die, die was leisten, kriegen mehr.“ „Wieviel macht denn da der Lohn die Stunde?“ „410 000 M. Wenn voll gearbeitet wird, kommen dann meine Arbeiter auf etwas über 19 Millionen die Woche. Nicht wahr, das ist ein ganz nettes Sümmchen, wenn auch der Dollar auf 4½ Millionen steht.“ „Und dazu kommt noch die Gewinnbeteiligung?“ „Ach, kommen Sie mir nicht auch noch damit! Ich weiß, ich weiß, Punkt 14 unseres Parteiprogramms fordert Gewinnbeteiligung, aber nur an Großbetrieben. Und sehen Sie, bei mir sind nur 400 Leute beschäftigt, das können Sie doch nicht Großbetrieb nennen. Und unser Reichsbankdirektor, Gottfried Feder, hat doch in unserem Parteiprogramm geschrieben: Es gibt keine wirtschaftliche oder moralische Begründung für den Anspruch auf Gewinnbeteiligung.“ „Aber das widerspricht doch dem Parteiprogramm“, meinte Toni. „Rein, rein, wörtlich so, wie ich es gesagt habe,

hat Gottfried Feder es auf Seite 60 des Parteiprogramms geschrieben. Ich kann es auswendig, so oft habe ich es schon vortragen müssen.“

In der großen Halle surrten die Webstühle. Es war drückend heiß, die Luft war trocken. „Hier wird anscheinend überhaupt nicht gelüftet“, flüsterte Joseph dem Toni zu. Rutschmann hatte es gehört: „Unsere Lüftungsanlage kostet zuviel Strom, da haben wir sie abgestellt.“ „Hat denn der Betriebsrat seine Einwilligung dazu gegeben?“ Joseph war ganz erstaunt: „So etwas kann ich mir nicht vorstellen.“

„Im Dritten Reich gibt es keine Betriebsräte mehr. Gottfried Feder hat das ausdrücklich in seiner Rundfunkrede vom 3. Januar erklärt; und mein Freund, der Bergwerksdirektor Wagener — er ist heute Reichsarbeitsminister — hat schon in seiner Rede am 8. November 1931 ausgeführt: Entscheiden muß natürlich nur der Unternehmer.“ „Und die Gewerkschaft?“ „Ich merke, daß Sie Ausländer sind. Adolf Hitler hat alle Gewerkschaften aufgelöst. Das war eine

seiner ersten Notverordnungen.“ „Ja, haben die Gewerkschaften sich denn so einfach auflösen lassen?“ „Die Arbeiter haben gestreikt, aber da hat die SA. eben jeden Zehnten erschossen.“ „Auch Familienväter?“ „Ja, sehen Sie, darauf kann man keine Rücksicht nehmen, wenn man Ruhe und Ordnung schaffen will.“ „Das muß doch fürchterlich gewesen sein!“ „Ach, das war gar nicht so schlimm. Die Arbeiterchaft hatte sich ja auf nichts vorbereitet.“

Ein gellender Schrei übertönte das Surren der Maschinen. Lautes Rufen und Hebelreißen, dann schwangen die Transmissionen aus. Es wurde unwirklich still. Die SA-Wache eilte herbei, erstattete Meldung: „Sand in die Maschine gekommen, nur kurze Unterbrechung nötig.“ Rutschmann beruhigte sich. „Sorgen Sie mir nur dafür, daß unser Hitler-tempo gewahrt bleibt. Wir müssen die Pause wieder einholen. — Aber Sie werden verstehen, meine Herren, wenn wir unter diesen Umständen heute unsere Besichtigung abbrechen müssen. Die Wache wird Sie hinausbegleiten.“

# Ein Blick ins Dritte Reich

Eine der ersten Maßnahmen, die von den Naziführern bei der Machtübernahme geplant sind, ist die Einführung der allgemeinen Arbeitsdienstpflicht. Damit die Sache auch richtig klappt, hat Hitler schon vor einigen Wochen den Oberst a. D. Hierl mit der Organisation und Durchführung der Arbeitsdienstpflicht beauftragt. Hierl hat nun auch bereits einen fertigen Plan in der Tasche. Wie dieser in allen Einzelheiten aussieht, hat sein Verfasser der Öffentlichkeit bis heute noch nicht verraten. Was er darüber bekanntgegeben hat, genügt aber bereits, um klar zu erkennen, wohin die Reise gehen soll.

Die Arbeitsdienstpflicht soll das Bindeglied zwischen der Schulpflicht und der „unbedingt wieder zu fordernden allgemeinen Wehrpflicht“ sein. Das Ziel ist, der Staatsleitung ein Arbeitsheer zu schaffen, das „als staatliches Machtmittel zum Einsatz im wirtschaftlichen Kampfe“ zur Verfügung steht. Der Arbeitsdienst soll „eine große Erziehungsschule für unser Volk“ sein, durch ihn sollen die jungen Männer „zu Fleiß, Ordnung, Pünktlichkeit, Sauberkeit, Anstand, Selbstbeherrschung und Gehorsam“ erzogen werden.

Diese Erziehungsarbeit läßt sich selbstverständlich nur leisten, wenn geeignete Führer zur Verfügung stehen. „Die Führer des Arbeitsdienstes müssen tatkräftige Persönlichkeiten sein, die verstehen, sich ihren Untergebenen gegenüber unbedingt durchzusetzen und schärfste Zucht und Ordnung aufrechtzuerhalten.“ An solchen Führern fehlt es nach Herrn Hierl nicht, und er denkt dabei in erster Linie an die „verabschiedeten Offiziere, Beamten und Versorgungsanwärter der Wehrmacht“.

Natürlich ist es der reine Zufall, daß Hierl jene Leute als Führer des Arbeitsheeres in Aussicht nimmt, die in der Nazi-Partei heute den Ton angeben. Wer

die Zusammensetzung des aktiven Teils der Naziführerschaft kennt, weiß, daß es sich hier fast ausschließlich um ehemalige Offiziere handelt. Diese haben durch die Wiederzulassung der SA- und SS-Banden zwar wieder ein Betätigungsfeld gefunden, die Hauptsache fehlt aber noch, nämlich ein für die ganze Zeit ihres Lebens sicheres und auskömmliches Gehalt. Und dazu soll ihnen die Einführung der Arbeitsdienstpflicht verhelfen. Es finden dann mindestens 300 000 „wohlgeborene“ und „hochwohlgeborene“ Nazileute ein gutbezahltes Pöstchen.

Diesem Ziele dient der von Hierl vorgeschlagene „Organisationsaufbau der Arbeitsdienstpflicht“. Alle männlichen Personen im Alter von 17 bis 30 Jahren sind arbeitsdienstpflichtig. Befreit von der Arbeitsdienstpflicht sind nur Juden, oder „die wegen körperlicher Untauglichkeit oder auf Grund besonderer bürgerlicher Verhältnisse“ nicht in Betracht kommenden Personen. Diese „besonderen bürgerlichen Verhältnisse“ werden bei fast allen Söhnen der Besitzenden vorliegen, es sei denn, daß sie auf Grund ihrer „höheren“ Herkunft sofort oder recht bald eine Führerstelle erhalten. Die Dauer der Arbeitsdienstpflicht soll zwei Jahre betragen.

Die Gliederung des Arbeitsdienstheeres ist folgende: Arbeitsabteilung, Arbeitsgruppe, Arbeitsinspektion, Reichsleitung.

Die Arbeitsabteilung zählt 216 Köpfe. Davon sind 170 Reichsarbeiter und 46 Führer und sonstige Vorgesetzte. Im einzelnen setzen sich die 46 führenden Personen wie folgt zusammen: ein Führer, ein stellvertretender Führer, ein Verwalter, ein Quartiermeister, ein Zeugmeister, ein Sportwart, 15 Truppführer, 20 Vor-männer, ein Heilgehilfe und 4 Spielleute. Zu jeder Arbeitsgruppe gehören ferner eine Feldküche, ein leichter Lastkraftwagen, zwei Handwagen und vier Fahrräder.

Eine Arbeitsgruppe umfaßt 10 bis 15 Arbeitsabteilungen. An der Spitze jeder Arbeitsgruppe steht ein Kommandeur. Ihm zur Seite steht der stellvertretende Kommandeur, drei Gehilfen und das „nötige Kanzleipersonal“.

Wieder 10 bis 15 Arbeitsgruppen bilden eine Arbeitsinspektion. Jede Arbeitsinspektion hat einen Inspekteur, dem ein entsprechend großer Stab von Mitarbeitern und Büropersonal zur Verfügung steht. Das ganze Reich wird in 30 Arbeitsinspektionen eingeteilt.

Die Krönung des Ganzen ist der Reichsminister für Arbeitsdienstpflicht. Er und die ihm zur Verfügung stehenden Generalinspektoren haben die Arbeitsinspektionen laufend zu kontrollieren. Dabei werden sie von einem umfangreichen Büropersonal unterstützt.

Dieser Aufbau der Arbeitsdienstorganisation ist eine Nachahmung des alten kaiserlichen Heeres. Nirgends findet man auch nur eine Spur von neuen Gedanken. Ganz besonderen Wert legen die Nazileute auf die Sicherung ihrer Führerstellung innerhalb der Arbeitsdienstpflichtverbände. Dabei kommt es ihnen in erster Linie auf die Befolgung und die Alterspension an. Hierl fordert, daß die Führer den Offizieren der Wehrmacht gleichgestellt werden. Das heißt, sie werden lebenslanglich angestellt und sind somit Zeit ihres Lebens aller Sorgen frei und ledig.

Für die Reichsarbeiter sorgt die Nazi-Partei selbstverständlich nicht so gut. Sie sind wie die „Gemeinen“ im alten Heer nur Material für die Erziehungskunst der Führer. „Der Reichsarbeiter erhält keinen Lohn, sondern Unterkunft, volle Verpflegung, Kleidung, Wäsche und ein tägliches Taschengeld von 30 bis 50 S.“ Durch diese Ausbeutung des Reichsarbeiters soll erreicht werden, daß „die durch Liberalismus und Marxismus bestimmte materialistische Auffassung, die jede Ar-

## Schlängestehen

Die Mittagsglut schmerzte nach der dümmrigen Halle, sie muhten sich erst wieder an das volle Licht gewöhnen. Am nahen Spielplatz setzten sie sich schweigend auf eine Bank. „Bei dem Hekttempo muß es ja zu einem Unfall kommen“, begann Joseph. Doch die SA-Begleitung mengte sich sofort ein: „Sie sind zwar unsere Gäste, aber ich warne Sie: im Dritten Reich ist jede Kritik verboten. Lassen Sie uns weitergehen, wir müssen in die Säuglingsprechstunde.“ „Wir haben doch noch etwas Zeit“, meinte Toni, „ich möchte mir noch ein Brot holen.“ „Um die Ecke ist schon ein Bäcker.“

Um den halben Häuserblock sahen sie in Reihen zu zweit Frauen und Kinder mit Brotkarten in der Hand stehen und warten. „Das dauert sicher Stundenlang, und ich möchte noch mit zur Säuglingsprechstunde.“ „Ich werde Sie ausweisen, dann werden Sie vorzugsweise abgefertigt.“

Als Toni an den Schlängestehenden vorbei gleich den Laden betrat, wurden

die Wartenden unruhig. „Hinten anstellen!“ riefen sie, „wir warten schon über zwei Stunden.“ Doch als die SA mit den Hundepettschen drohte, war die Ruhe wiederhergestellt.

## Die Auslese

Der große Platz vor dem Kinderhospital glich einem Feldlager. Ueberall standen neben den Gewehrpyramiden SA-Männer im Gespräch oder schritten rauchend, die Waffe schußbereit in der Hand, auf und ab. Und trotz ihrer Begleitung muhten sie zweimal ihre Ausweise prüfen lassen, ehe sie ins Hospital hineindurften. Auf der Treppe bildete bewaffnete SA Spalier, und als sie einem Arzt begegneten, sahen sie, daß diesem zum Schutz zwei Bewaffnete folgten. Dieser Schutz war nötig, gerade suchte ein Trupp Frauen mit geballten Fäusten auf den Arzt loszufürmen, „Mörder“, riefen sie, „Lump, Mörder!“ Aber die SA führte die Erregten ab.

Der Operationsaal war ungeräumt; an der Wand saßen Frauen mit Säuglingen im Arm unter Aufsicht der SA. Ein

Arzt diskutierte heftig mit einer Frau. „Haben Sie bei den letzten Wahlen vor dem Dritten Reich nationalsozialistisch gewählt?“ Die Frau bejahte eifrig. „Dann verstehe ich Sie nicht. Sie wollen doch wie Adolf Hitler eine Kräftesteigerung Deutschlands?“ Wieder sagte die Frau eifrig ihr ja, ja. „Dann müssen Sie sich doch leichten Herzens von Ihrem Kind trennen können. Auf dem Nürnberger Parteitag der NSDAP im Jahre 1929 hat Adolf Hitler erklärt: Würde Deutschland jährlich eine Million Kinder bekommen und 700 000 bis 800 000 der schwächsten beseitigen, dann würde am Ende das Ergebnis sogar eine Kräftesteigerung sein.“ — Und übrigens, Ihr Kind wird vollkommen schmerzlos getötet.“ Die Frau schrie auf: „Aber mein Kind ist doch ganz gesund!“ „Darauf kommt es nicht an. Im Dritten Reich darf nur jedes vierte Kind am Leben bleiben. Andere Kinder sind viel kräftiger als Ihres.“ „Ich habe keine Witzkarten mehr bekommen und habe arbeiten müssen während der Schwangerschaft. Andere...“ „Ich bedauere, aber

beit unter dem Gesichtswinkel des Geldverdienens betrachtet, aus ihren Köpfen verschwindet.“ Das Geldverdienen ist Sache der Naziführer, die Arbeiter haben nur zu arbeiten und den Mund zu halten. Wenn sie das nicht tun, kommen sie in die „Besserungsabteilungen“ oder vor die Gerichte der Arbeitsdienstpflichtverbände. Das bürgerliche Recht findet auf die Reichsarbeiter keine Anwendung, sie sollen den Hakenkreuzgefellten auf Leben und Tod überantwortet sein.

Manchmal aber dürfen die Reichsarbeiter den Mund aufmachen, dann nämlich, wenn sie „mit Musik und Gesang, mit fröhlichen Gesichtern, im gleichen Schritt

und Tritts mit stolz erhabenem Kopfe durch die Straßen ziehen und die Blicke der deutschen Frauen und Männer sie mit Wohlgefallen begleiten.“ Selbstverständlich kriegen sie auch eine schöne Uniform, „sie auch außer Dienst gerne tragen“ und auf die sie ebenso stolz sein werden, „wie der Soldat auf seinen Waffenrock.“

So also sieht die Arbeitsdienstpflicht aus, mit der die Naziführer die deutschen Arbeiter beglücken wollen. Diese bedanken sich bestens für dieses „Geschenk“. Gelänge den Naziführern ihr Plan, dann wäre Deutschland für sie ein Paradies, für die Arbeiterschaft aber ein großes Zuchthaus.

## Zum Verfassungstag

Ist der Deutsche von Natur, aus seinem Wesen heraus, zur politischen Abhängigkeit bestimmt? Fehlt dem Deutschen das tiefste Bedürfnis nach Freiheit? Es könnte so scheinen, wenn man hört, was die alte Schule, was die herrschende Macht an deutscher Geschichte verherrlichen. Danach sah der Deutsche immer beglückt nach oben, dahin, wo man regierte. Eine Trennung war hiernach stets zwischen Verwaltung und Volk, und das Volk war hiernach glücklich, gedankenlos, ohne eigene Meinung, geleitet zu werden von den Mächtigen. Da Könige, Herzöge und Fürsten und hier das Volk. Da Herrenwillen und hier Tulben des Herrtentums. Und für die Freiheit war keine Stätte.

So sieht der Bürger die deutsche Geschichte, und so prägt man der Jugend das „deutsche“ Wesen aus den Jahrhunderten ein. Und man schämt sich nicht, das herrliche Wesen unseres Volkes zu entstellen und die deutsche Art herabzuwürdigen nur im Interesse einer gewissen Gruppe von Machtgierigen.

Man verwechselt bemerkt die wesentlichen Zeiten deutschen Wesens mit den unwesentlichen. Die Zeiten, in denen politische Macht über Volk und Freiheit

triumphierte, die hebt man hervor, auf die ist man stolz. Und die Zeiten, in denen sich das stolze Freiheitswesen unseres Volkes zeigte, über die berichtet man lau und nüchtern, und das Bezeichnende an ihnen sieht man nicht.

Daß unser Volk von Anbeginn an dem Freiheitsgedanken huldigte, daß schon der germanische Staat ganz und gar auf demokratischer Grundlage aufgebaut war, wie es die Wissenschaft offen anerkennt, das sieht man nicht, will man nicht sehen, gibt man nicht bekannt. Schamhaft wird es von den volkentrüben Knechtsgestalten verschwiegen. Erst dann, als sich volksfremde, römische Art in Germanien einstraft, da begann für den deutschen Spießer das deutsche Wesen.

Aber die Freiheit darbt in jener Zeit, und damit das Wesen des Volkes. Das deutsche Volk, das zur Freiheit geboren ist. Ein fremder Machtgedanke siegte über den uralten deutschen demokratischen Geist. Und doch nicht dauernd. Zu unterdrücken ist Freiheit nicht. Man kann sie nur hemmen.

Schon Fichte wies darauf hin, daß der Zeitraum der freien Reichstädte der Zeitraum wiedererwachten, echten deutschen Wesens gewesen sei, und er ver-

langte „eine begeisternde Geschichte der Deutschen aus dem Zeitraum der freien Reichstädte, die das National- und Volksbuch würde“.

So sah dieser große Deutsche das Wesen und die Geschichte unseres Volkes. Das, was der herrschenden Auffassung in der deutschen Geschichte das Unwesentliche war, das war ihm das Bestimmende. Und, so die Geschichte gesehen, war ihm „die deutsche Nation die einzige unter den neuuropäischen Nationen, die es an ihrem Bürgerstande schon seit Jahrhunderten durch die Tat gezeigt hat, daß sie die republikanische Verfassung zu ertragen vermöge“.

Es war ein Abschütteln des ganzen un-deutschen Wesens, das die herrschende Klasse unserem Volke angehängt hat, als die Deutsche Reichsverfassung am 11. August 1919 den Freiheitsgedanken klar und deutlich, herrlich und stolz als den deutschen Volksgedanken wieder herausgehoben hat. So war von Urbeginn an deutsches Wesen. Was in der Geschichte immer nur in Versuchen und vorübergehend möglich war, die Freiheit zu vertreten, das wurde durch die Deutsche Reichsverfassung zum ersten Male in der deutschen Geschichte allgemein als Grundgesetz für alle anerkannt.

Zum ersten Male in der Geschichte erleben wir jetzt, in der Republik, uns selbst, das Volk in seinem Wesen. Und wenn das alte Herren- und Spießergeilste, das Volk in Herren und Untertänige zu zerreißen, auch im Diktaturverlangen der Nazis noch einmal einen letzten und großen Anlauf unternimmt: die Epoche, in der unser Volk seine Freiheit und damit seine Art erlebt, hat begonnen, und auf diesem Freiheitsboden der Republik werden wir es auch vollbringen, unserem Volke die wirtschaftliche Demokratie zu erringen und unser Volk damit in ganzer Weite und Tiefe zu führen zu seiner herrlichen Art.

Vor der wir in Achtung stehen, und der wir dienen. Allen Volksfeinden zum Trost.  
Dr. Gustav Hoffmann

ich habe noch andere Kinder zu untersuchen. Geben Sie Ihren Sohn im Nebenzimmer ab!“

Die Mutter preßte ihr Kind an sich und stieß die vor ihr Stehenden hastig zur Seite. Blötzlich stand sie auf dem Fensterbrett und stürzte sich in die Tiefe.

Die SA. sorgte für Ruhe.

### Zwangsarbeit

In der Vorstadt ließ der Führer das Auto anhalten. „Sie sehen, es wird hier überall gebuddelt und gebaut. Wir bauen Wohnungen und Kasernen für unsere SA. Ja, ich weiß, ich weiß, das haben Sie auch im roten Wien. Aber in Wien haben Sie doch nur dadurch bauen können, daß Sie die reichen Leute besteuert haben. Im Dritten Reich brauchen die reichen Leute dafür keine Steuern zu zahlen, bei uns geht alles mit Arbeitsdienstpflicht; das kostet so gut wie nichts, nur Feldküchenessen und Massenquartier. Billiger geht's nicht.“ Sie stiegen aus und balancierten auf Brettern über einen Graben, durch den Leitungsröhre

gelegt wurden. Joseph war mißtrauisch: „Ich möchte mit einem der Dienstpflichtigen sprechen.“

Der SA-F. winkte einen jungen Menschen heran. „Bitte, fragen Sie ganz nach Belieben. Ich bleibe natürlich dabei.“ „Ja, dann hat die ganze Fragerlei doch keinen Sinn.“ „Wie Sie meinen, aber wir machen es damit nur genau so wie die Russen mit den Arbeiterdelegationen. Ohne Aussicht dürfen Sie mit niemandem sprechen.“

Joseph wandte sich an den jungen Arbeiter: „Du trägst da einen blau-weiß gestreiften Drillanzug. Solchen Anzug tragen bei uns die Zuchthäuser. Fühlst du dich denn darin wohl?“ Der Befragte schlug die Hacken zusammen: „Zu Befehl! Unsere Kleidung ist unsere Arbeitskleidung und Symbol des Dritten Reiches.“ „Kommst du denn mit deinem Lohn aus?“ „Ich erhalte keinen Lohn. Ich erhalte 500 000 M täglich, für die ich zehn Stunden arbeiten muß. 400 000 M werden mir für Verpflegung abgezogen, 100 000 M für die Unterkunft.“ Joseph bot ihm eine Zigarette an. „Ich danke,

aber ich darf nichts annehmen.“ „Aber du wirst doch sonst kaum zu einer Zigarette kommen.“ „Doch, die nationale sozialistische Frauenschaft hat uns Brombeerblätterzigaretten gestiftet.“ „Schmecken denn die?“ „Zu Befehl. Sie sind Ausländer und wissen es noch nicht: im Dritten Reich geht es nicht nach dem Geschmack von Proleten. Und außerdem tragen wir im Dienst braune Hosen.“ Nun hatte der SA-F. genug, er brüllte los: „Mann, ich mache Sie zu Hackfleisch! Truppführer, lassen Sie diesem Halunken 50 überziehen! Und dann sperren Sie ihn drei Tage ein!“ Der Delinquent wurde abgeführt. „Haben Sie die Brillstrafe wieder eingeführt?“ „Aber selbstverständlich! Der kann noch von Blick sagen, daß er so glimpflich fortgekommen ist, der Lummel!“ „Aber bedenken Sie doch, ich habe ihn durch meine Fragen provoziert. Das wäre schon ein Grund zur Begnadigung.“ „Begnadigt wird bei uns prinzipiell nicht. Im übrigen erwartet uns Herr Düssen, wir müssen uns beeilen, hinzukommen.“

(Fortsetzung folgt)